

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (19. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans Martin Bury, Achim Großmann, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Gabriele Iwersen, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Adolf Ostertag, Walter Rempe, Otto Reschke, Dieter Schloten, Erika Simm, Peter Conradi, Franz Müntefering, Siegfried Scheffler, Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/1277 (neu) —

Bericht der Bundesregierung über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente (Instrumentenbericht)

A. Problem

Die Antragsteller halten eine kritische Bestandsaufnahme des derzeitigen Fördersystems für den Wohnungsbau für erforderlich. Die Bundesregierung soll daher beauftragt werden, den Bericht über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente vom 1. Juli 1982 — Drucksache 9/1708 — fortzuschreiben und dem Deutschen Bundestag das Ergebnis vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Die Ausschlußmehrheit verweist ihrerseits auf den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 13. März 1992 auf Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zur Überprüfung der Instrumente der Wohnungspolitik.

Mehrheitsbeschluß des Ausschusses

C. Alternativen

Die Fraktion der SPD besteht auf der Annahme ihres Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/1277 (neu) — abzulehnen.

Bonn, den 4. Juni 1992

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Werner Dörflinger

Vorsitzender

Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Berichterstatter

Otto Reschke

Bericht der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy und Otto Reschke**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 83. Sitzung am 13. März 1992 den Antrag — Drucksache 12/1277 (neu) — nach einer Aussprache an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuß, den Haushaltsausschuß sowie an den Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuß schlägt dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Wirtschaft hat keine abschließende Stellungnahme abgegeben. Er hat einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, unmittelbar nach Vorliegen der Ergebnisse der Experten einen entsprechenden Bericht bis zum Jahresende zu erstellen, der dann im Ausschuß für Wirtschaft diskutiert werden soll.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Antrag in seiner 31. Sitzung am 29. April 1992 und in seiner 35. Sitzung am 3. Juni 1992 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist sich darüber einig, daß Informationen über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente zur Beurteilung der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt und zur Ausarbeitung einer Strategie für die Überwindung des Wohnungsmangels dringend notwendig sind. Seit der Vorlage des letzten derartigen Berichts im Jahr 1982 haben sich die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau grundlegend geändert. Dies gilt nicht nur für die Bedarfsprognosen in quantitativer und qualitativer Hinsicht, sondern vor allem auch für die Pro-

bleme, die sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch auf dem Wohnungssektor durch den Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft ergeben.

Die Ausschußmehrheit ist gleichwohl der Ansicht, daß der von der Fraktion der SPD eingebrachte Antrag, die Bundesregierung mit der Aktualisierung des Berichts über das Zusammenwirken finanzwirksamer, wohnungspolitischer Instrumente vom 1. Juli 1982 zu beauftragen, nicht befürwortet werden kann. Die Koalitionsfraktionen verweisen in diesem Zusammenhang auf den Beschluß des Deutschen Bundestages in der 83. Sitzung vom 13. März 1992 zu ihrem Antrag auf Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission zur Überprüfung der Instrumente der Wohnungspolitik — Drucksache 12/2231 —. Die Arbeit dieser unabhängigen Kommission von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft hat das Ziel, die Gesamtheit der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen und Instrumente zu analysieren und Vorschläge für eine den veränderten Problem- und Aufgabenstellungen entsprechende Konzeption vorzulegen. Es wäre nicht zu verantworten, daneben von der Bundesregierung die Vorlage eines Instrumentenberichts zu fordern, der ebenfalls eine gründliche Vorarbeit erfordert und daher auch nicht früher als der Bericht der Expertenkommission vorliegen könnte.

Die Fraktion der SPD im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau besteht auf der Annahme ihres Antrags. Sie ist der Ansicht, daß die Wohnungspolitik nicht Jahre untätig warten kann, bis die Kommission, die noch nicht einmal eingesetzt ist, mit Ergebnissen ihrer Arbeit aufwarten kann. Nach Auffassung der Fraktion der SPD ist es möglich, den Instrumentenbericht vom Jahre 1982 anhand der im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vorhandenen Daten in kürzerer Frist zu aktualisieren. Dieser Arbeitsaufwand sei viel geringer, als für die Erstellung eines neuen Berichts notwendig sei.

Der Vertreter der Bundesregierung hat im Ausschuß darauf hingewiesen, daß das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau nicht die personellen Kapazitäten für die Fortschreibung des Instrumentenberichts in absehbarer Zeit habe. Die Personalstärke des Ministeriums sei den nach der Wiedervereinigung vermehrten Aufgaben nicht angepaßt worden. Deshalb werde das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auch nicht in der Lage sein, der unabhängigen Expertenkommission zuzuarbeiten. Vielmehr werde das Grundlagenmaterial für die Kommission durch

Vergabe von Gutachten an Dritte beschafft werden.

Der Ausschuß hat schließlich einstimmig bei zwei Enthaltungen aus der Fraktion der SPD der Erwartung Ausdruck gegeben, daß, sobald das Datenmaterial für die Arbeit der Expertenkommission vorliegt, dieses in geeigneter Weise dem Ausschuß zugänglich gemacht wird.

Bonn, den 4. Juni 1992

Dr.-Ing. Dietmar Kansy

Otto Reschke

Berichterstatter

